

Änderungsantrag

der Fraktion der FDP

zum Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 18/1024

Schluss mit der Gewalt gegen Lehrer!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, seiner Fürsorgepflicht für die Lehrkräfte an Berliner Schulen nachzukommen und folgende Maßnahmen schnellstmöglich zu ergreifen:

1. Schulleitungen müssen verpflichtet werden, alle Gewaltvorfälle nach Vorgabe der Einordnung der Notfallpläne der Berliner Schule an die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie zu melden, nachdem diese aktualisiert wurde.
2. Lehrkräfte und Schulleitungen müssen die volle Unterstützung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie erhalten, vor allem schnelle und unbürokratische Hilfe nach einem Vorfall.
3. Betroffenen Lehrkräften muss ein beschleunigtes Meldeverfahren zur Verfügung stehen, und der Senat muss sie darin unterstützen, alle Straftaten anzuzeigen, auch die von minderjährigen Schülerinnen und Schülern.
4. Der Senat muss massiv in die Bildungsinfrastruktur investieren, damit Lehrkräfte durch multiprofessionelle Teams mit Schulpsychologen, Schulsozialarbeitern und Übersetzern bei der schnellstmöglichen Lösung von auftretenden Konflikten unterstützt werden und um die individuelle Förderung von verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern zu gewährleisten.
5. Lehrkräfte müssen schon in ihrer Ausbildung auf den professionellen Umgang mit Konfliktsituationen, die mit Gewalt seitens der Schülerinnen und Schüler einhergehen, vorbereitet werden.
6. Lehrkräfte und Schulleitungen sollten regelmäßig an zeitgemäßen Fortbildungen zum Umgang mit Gewalt teilnehmen.
7. Statistiken über alle Gewaltvorfälle an Berliner Schulen müssen geführt und regelmäßig durch die Senatsverwaltung für Bildung veröffentlicht werden.
8. Jugendämter sowie Jugendrichterinnen und -richter sind in Konfliktfällen stärker einzubeziehen

Begründung

Schulen sollen Lernorte sein. Gerade In Zeiten von Lehrkräftemangel müssen deshalb Lehrkräfte vor Übergriffen an ihrem Arbeitsplatz geschützt werden. Nur so wird der Lernort Berliner Schule wieder attraktiv für pädagogische Nachwuchskräfte. Eine zehn Jahre alte „Anti-Mobbing-Fibel“ aus dem LISUM und auch sieben Jahre alte Notfallpläne der Unfallkasse Berlin reichen als Instrumente für von Gewalt betroffene Lehrkräfte offenbar nicht aus und deshalb muss der Senat entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Im Übrigen ist es im Rahmen der vom Senat geplanten verschärften Ergebniskontrolle von Schulen ein Leichtes, die genannten Daten abzufragen und bei Bedarf negativen Tendenzen frühzeitig gegenzusteuern.

Berlin, 16. Mai 2018

Czaja, Fresdorf
und die weiteren Mitglieder
der Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin